210036-1 Theoriegeschichte & Theoriedebatten

Seminararbeit

Demokratie-theoretische Perspektiven zum europäischen Konzept gegen Desinformation im Internet

Maria Chlastak
Politikwissenschaft
Wintersemester 2018/19

Abstract

Die Digitalisierung stellt die liberale Demokratie vor neue Herausforderungen. Durch Falsch-Information (misinformation) und Fake-News, welche gezielt als Desinformation im Internet gestreut werden, scheint die demokratische Willensbildung nicht mehr möglich. Der politische Diskurs hat sich auf Plattformen wie Facebook und Twitter verlegt und funktioniert meist nach den Regeln von wirtschaftsorientierten US-Unternehmen, während sich andere Plattform-Anbieter_innen nur schwer durchsetzen können. Technische Lösungen gegen Fake-News werden gefordert, die sich bei genauerem Hinsehen als Abschaffung der Meinungsfreiheit entpuppen und Souveränität abgeben. Ist die Demokratie noch zu retten? Ja. Indem man demokratische Willensbildung im digitalen Zeitalter neu denkt und überlegt, wie digitale Gouvernementalität zur Stärkung der Demokratie eingesetzt werden kann.
Meine These lautet: Eine Diskurs-Plattform kann die Streuung von Falschinformation verhindern indem sie die Demokratie stärkt.
Zur Begründung nutze ich die Demokratie-Konzepte von Chantall Mouffe und Jacques Derrida. Als Ideal setze ich den demokratischen Freiheitsbegriff von Hannah Arendt, der es Bürger_innen ermöglicht Politik mitzugestalten. Zudem ist der Begriff der digitalen Gouvernementalität im Bezug auf Plattformen unerlässlich. Anhand des europäischen Konzepts gegen Desinformation, werde ich wesentliche Punkte aus der Debatte theoretisch umreißen.

Einleitung

Im Jänner 2018 beauftragt die europäische Kommission eine “independent high-level expert group” zum Thema “Fake News und Desinformation im Internet”. Im März legen die Expert_innen einen Report vor, der zur Bekämpfung von Desinformation einen “Code of Practice” vorschlägt. (HLEG, 2018:6) Kurz darauf veröffentlicht die Europäische Kommission eine “Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen” mit einem europäischen Konzept zur “Bekämpfung von Desinformation im Internet”. In dieser heißt es: “Die Verbreitung von Desinformation wirkt sich auch auf politische Entscheidungsprozesse aus, da die öffentliche Meinung verzerrt wird. Inländische und ausländische Akteure können durch Desinformation die Politik, die gesellschaftliche Debatte und das Verhalten der Menschen in Bereichen wie Klimawandel, Migration, Sicherheit, Gesundheit und Finanzen manipulieren. Durch Desinformation kann auch das Vertrauen in die Wissenschaft und in empirische Nachweise erschüttert werden.” (EU Kommission, 2018:3)

Die EU-Kommission wird demnach ihr Möglichstes tun um Desinformation im Internet auf einem Multi-Governance-Level zu bekämpfen. Deshalb wurde aus dem Bericht der “high-level expert group”, dem Kommunikationspapier der EU-Kommission und anderen Beratungen ein gemeinsamer “Code of Practice” erarbeitet, der von relevanten Stakeholdern selbstbindend befolgt werden soll. (HLEG, 2018:6)

Das gemeinsame Commitment umfasst die Überprüfung von Werbeanzeigen, politische und themenbezogene Werbung, die Sicherstellung der Integrität des Services und die Befähigung von Konsument_innen und der Forschungsgemeinschaft.

Auch die hochrangige Expert_innengruppe argumentiert für mehr Transparenz, Kontrolle und genauere Kennzeichnung von Werbung um Fake News zu bekämpfen. Dafür schlägt sie zehn Grundprinzipien für Plattformen vor um ein diverses Medien-Ökosystem zu sichern. (HLEG, 2018: 32) Die Stakeholder (Unternehmen, Staaten) sollen ihre Fortschritte in der multidimensionalen Strategie regelmäßig an die Kommission übermitteln.

Da Meinungsfreiheit einen Grundpfeiler der Demokratie darstellt und auch im Internet geschützt ist, muss es für die Institutionen schwer sein, auf dem schmalen Grat zu bleiben, der es erlaubt “Fake News” zu bekämpfen, ohne dabei eine legitime Meinungsäußerung zu blockieren. Da selbst Richter_innen nicht immer die Fakten von Falsch-Information trennen können, bleibt die Frage, wie Online-Plattformen vertrauenswürdige von unseriösen Inhalten trennen sollen. Plattformen werden für die Einschätzung verantwortlich gemacht. (EU Kommission, 2018:9)

Das ist Grund genug, elementare Begriffe dieser Debatte näher zu beleuchten. Zuerst betrachte ich den Terminus “Fake-News” und zeige, warum die Europäische Kommission in diesem Kontext von Desinformation spricht. Zweitens beschäftige ich mich mit Demokratie-Theorien von Mouffe, Derrida und Arendt um das Bild von Desinformation in einen demokratischen Kontext zu setzen. Drittens umreiße ich den Begriff Online-Plattform, um einen besseren Blick auf bestehende Plattformen und mögliche Plattformkonzepte zu werfen. Dabei stellt sich mir die Frage, ob eine Plattform Desinformation bekämpfen kann, indem sie die Demokratie stärkt. Mit einer demokratietheoretischen Perspektive umreiße ich wesentliche Punkte der aktuellen Debatte und plädiere für eine demokratische Diskursplattform, die durch Diskursqualität stark gegen Desinformation vorgeht.

Desinformation und “Fake News”

Die Autoren Hendricks und Vestergaard unterscheiden drei Stufen von Informationsqualität: In der “Zone 1” befinden sich verifizierte Fakten, also wahre Aussagen. In der zweiten Zone befinden sich geprüfte Aussagen zu Themen und Statements. Die “Zone 3” fasst “Fake-News”, Falschmeldungen, Lügen, Missinterpretationen (..) zusammen. (2019: 56) Ein informierter Mensch besitzt Fakten-Wissen zu einem Thema, welches er aus den ersten zwei Qualitätsstufen zieht. Falsch informierte Menschen (misinformation), sind nicht uninformiert, sondern glauben an falsche Tatsachen. Falsche Gerüchte (misinformation) verbreiten sich durch Fehler oder bewusst gestreute Desinformation. (Hendricks/Vestergaard, 2019: 54; Kuklinski et al, 2000: 792)

Da die Tendenz besteht, unliebsame politische Meinungen, Falschmeldungen und Missinterpretationen in einen gemeinsamen Topf zu werfen (HLEG, 2018: 10), gilt es für die Sozialwissenschaften umso mehr den umgangssprachlichen Terminus “Fake News” mit spezifischen und abgrenzbareren Begriffen wie Desinformation oder Wahlwerbung zu beschreiben.

„Desinformation“ sind nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können. Unter „öffentlichem Schaden“ sind Bedrohungen für die demokratiepolitischen Prozesse und die politische Entscheidungsfindung, sowie für öffentliche Güter, wie den Schutz der Gesundheit der EU-Bürgerinnen und Bürger, der Umwelt und der Sicherheit zu verstehen. Irrtümer bei

der Berichterstattung, Satire und Parodien oder eindeutig gekennzeichnete parteiliche Nachrichten oder Kommentare sind keine Desinformation". (EU Kommission, 04/2018:9)
Illegale Inhalte sind weiter vom Term Desinformation abgegrenzt.
Es ist schwer zu entscheiden, ob eine legitime, demokratische Einflussnahme durch freie Meinungsäußerung, mit dem Ziel, die Öffentlichkeit und Stakeholder_innen zu erreichen, eine gezielte Desinformationskampagne ist. Die Gefahr, unliebsame Meinungen als Desinformation zu diffamieren bleibt erhalten, wie erst unlängst die Europäische Kommission selbst mit einem Blog-Post unter Beweis stellte. Da der/die genaue Autor_in im Nachhinein nicht mehr ausfindig gemacht werden konnte, wurde der Eintrag vom Netz genommen und nicht weiter diskutiert. (European Commission Blog, 2019)
Generell kann man annehmen, dass Desinformation zumindest seit der Etablierung der Sprache ausgetauscht wird. Seit der Verbreitung des Buchdrucks bekommt Desinformation neue Relevanz. Mit der Digitalisierung folgte die nächste Revolution, die Desinformation schneller und leichter zugänglich macht. Vertrauenswürdige und unseriöse Quellen lassen sich im Internet schwer unterscheiden, wobei Ideologie und soziale Prägungen maßgeblich für die persönliche Einschätzung eines Inhalts sind. Erzeugnisse in der zweiten Zone der Informationsqualität befinden sich, nach der oben erwähnten Definition von Desinformation, an der Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und der Etablierung eines irreführenden Narrativs. (vgl. Hendricks/Vestergaard, 2019: 56) Die Grenzziehung kann nicht von Plattformen vorgenommen werden, da sie derzeit nicht die notwendigen juristischen und rechtsstaatlichen Befähigungen haben, um die Meinungsfreiheit des Einzelnen abwiegen zu können.
Die Autoren Hendricks und Vestergaard unterscheiden die Demokratie in einem fakten-basierten und einem post-faktischen Staat: In Ersterem prägen informierte Bürger_innen die politische Debatte, während im Zweiten nur politisch opportune, aber irreführende Narrative den Diskurs bestimmen. (2019: 104)
Das bringt uns dazu den Begriff der Demokratie genauer zu bestimmen.

Demokratie

Demokratie leitet sich aus dem griechischen Wort >demos<, "das Volk", und >kratos<, Herrschaft, ab und bedeutet damit soviel wie Volksherrschaft. Die Ausgestaltung dieser Volksherrschaft und damit auch die Konzeption von Demokratie nimmt in der Geschichte viele, zum Teil widersprüchliche Formen an, weswegen ich mich in meiner Definition nur einigen wenigen Konzepten zuwende. Geschichtlich gesehen kann man bemerken, dass

Demokratie nie einfach “passiert”, sondern immer einem vorangegangenen gesellschaftlichen Umbruch geschuldet ist. Also einem Momentum, welches die Masse der Bevölkerung aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen befreit und Selbstbestimmung ermöglicht. In den bestehenden liberalen pluralen Demokratien ist die Freiheit, selbst über die Herrschenden zu bestimmen und der Schutz vor Unterdrückung in Verfassungen festgeschrieben. Bürger_innen sind frei und gleich - so das Dogma und Versprechen der Demokratie. Ob die Demokratie dieses Versprechen eingelöst hat, einlösen wird oder es gerade einlöst, mag eine Frage der Betrachtung sein - in jedem Fall werden Erwartungen an die Demokratie - wie sie ist und sein kann - geknüpft. Am treffensten beschreibt dieses implizite Versprechen der Demokratie Jacques Derrida mit seinem Ausdruck “démocratie á venir” . (Derrida, 2003: 130) Er lässt dabei die zukünftige Demokratie von normativen Vorgriffen frei - sie fungiert als Norm ohne Normen - um dem “Un-Möglichen” (l’im-possible) Platz einzuräumen. Dabei ist das “Un-Mögliche” der Wunsch, die Bewegung und die Wirklichkeit selbst. Die Demokratie besteht und beharrt auf die Dringlichkeit, das Unerreichbare zu erreichen. (Derrida, 2006: 332) Seine Dekonstruktion der Demokratie scheint notwendig, nachdem der Ost-West-Konflikt beendet ist und sich die Demokratie, nach unterschiedlichen Normen weltweit verbreitet. Aus seinen Ausführungen kann man ableiten, dass Demokratie, im Sinne der Bevölkerung, flexibel und gestaltbar ist und sein wird. So scheint es nur sinnvoll ein höheres Ideal der Freiheit und Gleichheit anzunehmen, als derzeit in liberalen Demokratien verwirklicht ist. Dazu schreibt Hannah Arendt 1966: “Freiheit im Sinne von Bürgerrechten sind das Ergebnis von Befreiung, aber sie sind keineswegs der tatsächliche Inhalt von Freiheit, deren Wesenskern der Zugang zum öffentlichen Bereich und die Beteiligung an den Regierungsgeschäften sind.” (Arendt, 2018: 16) Um diese positiven Freiheitsrechte wahrnehmen zu können, ist es, laut Arendt, Voraussetzung, frei von Not zu sein. (Arendt, 2018: 34) Für diese Vorstellung von Freiheit gibt die Nachkriegszeit Raum - verwirklicht wird sie bisher kaum. Jedoch, im Sinne der Unabschließbarkeit der Zukunft, ist es erst in einer demokratischen Auseinandersetzung möglich, dass was als Ideal hergestellt wird, auf seine Annehmbarkeit zu prüfen. Um eine Entwicklung der Demokratie zu propagieren, macht es daher Sinn, bei der Empirie anzusetzen und nicht bei Idealen und Versprechungen. Empirisch nachvollziehbar ist der Antagonismus, den Mouffe beschreibt. (Mouffe, 2007: 16) In einer pluralistischen demokratischen Ordnung ist es möglich, so Chantall Mouffe, diesem Antagonismus zwischen Gruppen und Personen Raum zu geben, um ihn in Agonismus zu verwandeln. (Mouffe, 2007: 30) Dazu bedarf es jedoch passender Kanäle, die den Leidenschaften und Dissens Platz geben und Machtverhältnisse reflektieren. (ebd.)

Doch wie können diese passenden Kanäle konstruiert sein? Bestehende Plattformen wie Google, Facebook oder Twitter prägen die politische Debatte. Auf diesen Plattformen findet öffentliche Kommunikation und demokratische Meinungsbildung statt, dennoch wurden sie nie für Demokratien, sondern als wirtschaftliches Vorhaben konzipiert. Die Unternehmen wachen mit gouvernementalen Strukturen über ihre User_innen, anstatt demokratische Werte zu etablieren. (Herder, 2018) Durch die spezifische Entwicklung von Online-Plattformen ist es möglich, systematisch Desinformation zu streuen, ohne damit einen Konflikt loszutreten, der eine demokratische Meinungsbildung ermöglichen würde. Doch um das Prinzip “Online-Plattform” richtig zu greifen, bedarf es erst allgemeinerer Annäherungen:

Online-Plattform

Seit der Erschaffung des Internets spielt Vernetzung und Informationsaustausch zwischen Personen und Institutionen eine große Rolle. Das freie Internet bietet eine Summe von Plattformen, auf denen es User_innen möglich ist, Inhalte zu erstellen, auszutauschen und zu konsumieren. In Europa ist es zudem leicht möglich als Einzelperson eine Internetplattform zu besitzen. Somit dient das Internet selbst als Plattform für jeden Menschen mit Internetzugang.

Der Begriff “Plattform” selbst bedeutet in diesem Kontext soviel wie Bühne, Forum, Podium oder Schauplatz. Damit ist die Öffentlichkeit implizit im Begriff verankert. So kann eine Online-Plattform als öffentliches Podium im Internet verstanden werden. Je nachdem wie und ob die Plattform genutzt wird, kann sie relevant für demokratische Überlegungen werden. Derzeit werden im politischen Kontext vor allem wirtschaftliche Aspekte hervorgehoben.

Neben Suchmaschinen, sozialen Medien und anderen Dienstleistungsanbieter_innen, werben auch Parteien, klassische Medien und Vereine mit Online-Angeboten.

Die Europäische Kommission fasst in einer Mitteilung die “wichtigen besonderen Merkmale *aller* Online-Plattformen” zusammen:

“-Möglichkeit zur Schaffung und Gestaltung neuer und Übernahme klassischer Märkte sowie Schaffung neuer Beteiligungs- und Geschäftsformen durch Sammlung, Verarbeitung und Aufbereitung großer Datenmengen;

-Vielseitigkeit der Märkte mit unterschiedlichen Möglichkeiten zur Kontrolle der direkten Interaktion zwischen Nutzergruppen;

-Nutzung von „Netzwerkeffekten“ in Fällen, in denen der Wert eines Dienstes mit wachsender Nutzerzahl steigt;
-Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für den direkten und einfachen Zugang zu Nutzern;
-Schlüsselrolle bei der digitalen Wertschöpfung durch Erfassung großer Datenmengen, Erleichterung neuer Unternehmungen und Schaffung strategischer Abhängigkeiten.” (Europäische Kommission, 2016)

Diese Definition zielt klar auf große Plattformen ab, die ihre Daten aktiv verarbeiten. Doch gibt die Mitteilung keine Kennzahlen, ab wann eine Plattform “groß” ist. Damit sind Kommunikationsdienste, wie What’s App oder Discord und auch Uber, Plattformen. Öffentliche Webseiten nicht unbedingt, da sie im Normalfall nicht alle der oben genannten Merkmale besitzen. Dennoch kann man davon ausgehen, dass öffentliche Webangebote immer als Plattform, also zumindest als Podium für den eigenen öffentlichen Auftritt, genutzt werden. Somit kann die oben erwähnte Definition nicht das gesamte Phänomen von “Online-Plattformen” erfassen.

Eine Plattform besteht einerseits aus dem (virtuellen) Raum, der von Menschen, mehr oder weniger geregelt, bereitgestellt wird und andererseits aus Menschen, die sie nutzen. Onlineplattformen generieren soziale Daten und sind damit für die Demokratie relevant. Je nach Beschaffenheit und Nutzung erzeugen sie soziale Phänomene, die Menschen ermutigen, befähigen, unterhalten und stressen.

Im Kommunikationspapier der EU-Kommission heißt es: “Durch die Erhöhung des Angebots für die Verbraucher tragen sie [Plattformen] zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und zur Steigerung des Verbraucherwohls bei.” (ebd.) Nicht jede Plattform erhöht das Angebot innerhalb eines Marktes, da nicht jeder Online-Shop neue Produkte bietet. Erfolgreiche Plattformen steigern die Wettbewerbsfähigkeit, doch muss das Angebot nicht unbedingt das “Verbraucherwohl” steigern. Zuviele Plattformen mit denselben Leistungen machen das Angebot unübersichtlich.

“Online-Plattformen bieten die Möglichkeit der stärkeren Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Gesellschaft und Demokratie.” (ebd.) Ob sich diese demokratischen Möglichkeiten in der Gesellschaft und Politik durchsetzen können, ist bei den aktuellen Debatten zur Plattformregulierung unwahrscheinlich. Da eine “Online-Plattform” laut den vorliegenden europäischen Leitlinien entweder gewinnorientiert oder hegemonial organisiert wird, fallen karitativ finanzierte Plattformprojekte und private Betreiber_innen aus dem Blick. Schon bei bestehenden Regeln, wäre eine Neugründung von Wikipedia viel schwieriger und teurer, da die spendenfinanzierte Plattform als gewinnorientiertes Unternehmen eingestuft

wird. Auch Parteien können als Plattform agieren (Gilbert, 2017) und “crowd-sourcing” betreiben. Das ermöglicht Partizipation, aber nicht unbedingt freie demokratische Beteiligung, wie in der Definition Arendts. Die Frage nach der Demokratisierung von bestehenden Plattformen ist es wert, gedacht zu werden. (Schneider, 2017)

Plattformen können die Verbreitung von Desinformation unterstützen, indem sie Algorithmen nutzen, die User dazu bringen sollen emotionale Reaktionen zu zeigen, damit sie länger auf der Plattform bleiben. Diese Algorithmen werden für werbungsbasierte Geschäftsmodelle verwendet. Technologiegestützte Mechanismen, wie “Trollfabriken” und “Bots” könnten die Verbreitung von Desinformation verstärken. (EU Kommission, 2018:6)

Andererseits könnten Plattformen, wie oben definiert, die Demokratisierung vorantreiben, indem sie beispielsweise einen Diskursraum schaffen, der qualitativ hochwertige und diverse Beiträge höher bewertet um damit die kritische Willensbildung zu gestalten. Diese könnten Raum für Dissens ermöglichen, um wie in Mouffes Theorie, Agonie möglich zu machen. Plattformen können derzeit Qualitätsstandards für den demokratischen Online-Diskurs etablieren.

Die Bandbreite, in der sich Plattformen entwickeln können, ist von der Nachfrage und Gesetzen abhängig. Die Gesetzgebung für und auf “Online-Plattformen” kann am Markt, an der Realität und an Normen orientiert sein. Die binäre Unterscheidung zwischen gewinnorientierten und nicht-kommerziellen (also finanzierten) Plattformen wird der Empirie nicht gerecht. Diese Verkürzung verklärt zudem den Blick auf das Phänomen der Desinformation, welches durch die Bevölkerung - von den Menschen die große Plattformen gestalten und nützen - gelöst werden könnte. Da die Sprache des Rechts nur zwischen juristischen und privaten Personen unterscheidet, können gemeinschaftlich betriebene Plattformen jedoch nur schlecht erfasst werden.

Deswegen braucht es in der Anwendung eine breitere Definition von Online-Plattform, die Unterscheidungen in der Art und im Zweck zulässt. Diese Definition könnte Demokratisierungsprozesse unterstützen anstatt zu hemmen. Dafür ist es notwendig die gouvernementale Konstitution von Plattformen zu erkennen (Herder, 2018). Plattformen können nicht “neutral” sein, da schon alleine ihre Erscheinung (User-Interface) gewisse Regeln vorgibt.

Plattformen zwischen Desinformation und Demokratie

Das Konzept der Europäischen Kommission sieht “ein transparenteres, vertrauenswürdigeres und verantwortungsvolleres Internet-Ökosystem” vor. (EU

Kommission, 2018:8) Zur Bekämpfung von Desinformation sollen konkrete Maßnahmen ergriffen werden um Desinformation wirksam entgegenzutreten. (ebd. S. 8-18) Diese Maßnahmen fasse ich aus einer demokratietheoretischen Perspektive zusammen. Das europäische Konzept beeinflusst die Demokratie und existierende Plattformen direkt. Zudem schränken Regeln den Rahmen ein, in welchem neue Plattformen in Europa entstehen können.

Strategische Kommunikation

Um gefährlichen Gerüchten (misinformation) effektiv entgegenzuwirken, ist es im bestehenden Internet-Ökosystem notwendig, mit strategischer Kommunikation zu reagieren. “Online-Plattformen müssen rasch und effektiv reagieren, um die Nutzer vor Falschinformation zu schützen” (EU Kommission, 2018:8). Gerade im Kontext von Wahlen wird es notwendig die Verbreitung von Desinformation zu verhindern. Woran man Desinformation von Meinungsäußerungen unterscheiden kann, bleibt unklar. Targeting-Optionen für politische Werbung sollen eingeschränkt und transparent gemacht werden. (EU Kommission, 2018:9) Plattformen sollen die Sichtbarkeit von Desinformation, durch die Verbesserung der Auffindbarkeit vertrauenswürdiger Inhalte, einschränken. (ebd.) Ergo, Plattformen sind aufgefordert die strategische Kommunikation der Kommission und anderer staatlicher Institutionen gegen Desinformation zu unterstützen. Die Beurteilung wann und wie vertrauenswürdige Inhalte von anderen “weniger vertrauenswürdigen Inhalten” zu unterscheiden sind, bleibt den Plattformen anscheinend offen.

Um demokratischen Prozessen genügend Raum zu geben, ist es wünschenswert, dass jede/r Bürger_in das gleiche Recht zur öffentlichen Äußerung und Mitbestimmung hat. (vgl. Gleichheitsgrundsatz und Arendt, 2018) Da nicht jede/r über dieselben Ressourcen verfügt, ist es aus demokratietheoretischer Perspektive vorteilhaft, ausgleichend mit strategischer Kommunikation einzugreifen. So können beispielsweise politisch unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen in die demokratische Gesellschaft integriert werden.

Die gezieltere Verbreitung öffentlich gewünschter Inhalte, um unerwünschte Ansichten zu unterdrücken, ist technisch möglich. Dieses strategische Mittel steht im Normalfall im krassen Widerspruch zum gleichen Recht, seine Meinung in der Öffentlichkeit kundzutun. Regierungen könnten einzelnen Personen oder Organisationen die Öffentlichkeit zugunsten eines anderen Inhalts entziehen. Deshalb kann dieses Repressionsmittel derzeit (hoffentlich) nur im Notfall und bei unbestrittener Faktenlage angewendet werden.

Neue Technologien und Überwachung

Blinder Technik-Glaube und Halbwahrheiten vermeintlicher Expert_innen verleiten die EU-Kommission und andere weniger technikaffine Menschen dazu zu glauben, dass Algorithmen und künstliche Intelligenz treffsicher die Bewertung von Inhalten vornehmen könnten. Das mag im Fall von Katzenbildern stimmen, nicht jedoch für Inhalte, die sich im sensiblen Feld der Meinungsfreiheit befinden. Maschinen können keine diskursiv ausgehandelten Entscheidungen im Bereich von Ethik und Recht treffen. Plattformen können menschliches Verhalten im Internet "nur" aufzeichnen, ordnen und damit eine Entscheidungsgrundlage bieten. Ob ein Inhalt wirklich illegal ist, Desinformation beinhaltet oder ein rechtmäßiger Ausdruck freier Meinungsäußerung ist, muss im Zweifelsfall vor Gericht geklärt werden. In einer demokratischen Ordnung kann die Wahrung der Grundrechte nicht an private Unternehmen ausgelagert werden, die nach eigenem algorithmischen Ermessen zum Handeln verpflichtet sein sollen.
Die Überwachung von Desinformation in Verbindung mit anderen Überwachungsgesetzen, machen die Gefahren von Desinformation einerseits besser registrier- und verfolgbar, andererseits besteht ebenso die Gefahr zu weit in die Privatsphäre unbescholtener Bürger_innen einzudringen. Es müssen effektive Safeguards eingehalten sein, die genau regeln, wer, wann, warum welche Daten erfasst, weitergeleitet und gespeichert hat.

Diskurs-Plattformen und Medienkompetenz

Die EU-Kommission will viele wichtige Maßnahmen in Angriff nehmen, um die Medienkompetenz der Bevölkerung zu stärken: Transparenz, Bildung und "Fact-Checking-Netzwerke" sollen Bürger_innen Medienkompetenzen vermitteln. Qualitätsjournalismus soll in Nachrichtenmedien aller Art gefördert werden. Neue Technologien sollen zur besseren Überprüfung von Fakten eingesetzt werden. (EU Kommission, 2018:17) Dennoch gibt man sich zurückhaltend, wenn es darum geht, die Potentiale von Plattformen zur demokratischen Willensbildung zu nutzen.
Die derzeit bekannten sozialen Medien wurden nicht für die öffentliche, demokratische Meinungsbildung erfunden, sondern für privatwirtschaftliche Ziele. Dementsprechend gibt es für bestehende Plattformen keinen Anreiz, die "idealen" Rahmenbedingungen für einen demokratischen Diskurs zu entwickeln. Dennoch wird der politische Diskurs stark von ihnen beeinflusst. Administrative Regeln, wie die Bedingungen für das Löschen von Inhalten, sind

für Plattformen privat und dennoch konterkarieren falsch verstandene Administrationsrechte die Freiheit des Einzelnen in demokratischen Beteiligungsprozessen.

Alte Strukturen und demokratische Chancen

Internetplattformen revolutionieren große Marktsegmente, indem sie ua. “Netzwerkeffekte” nutzen. (EU Kommission, 2016) Machtstrukturen verschieben sich zugunsten agiler Plattformen, während alte etablierte Branchen, wie Print-Medien, Fernsehen und Beförderungsunternehmen neue innovative Konzepte aus dem Hut zaubern müssten, um wirtschaftlich überleben zu können. “Online-Plattformen erleichtern Effizienzgewinne und fördern die datengesteuerte Innovation”. (ebd.) Es scheint nur logisch, dass Staaten und die Stakeholder des analogen Zeitalters um datengesteuerte Innovationen ringen. Wie sich Demokratie unter diesen Bedingungen entwickeln wird, bleibt, wie in Derridas Theorie, offen. Analoge Rechte müssten im digitalen Raum neu erarbeitet und durchgesetzt werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die kommenden Jahre demokratische Innovationen, die Gleichheit und Mitbestimmung unter allen Bürger_innen ermöglichen, gefördert und nicht von hegemonialen Interessen Einzelner erstickt werden.

Zusammenfassung

Plattformen können Desinformation bekämpfen indem sie die Demokratie stärken. Um dies zu erreichen, müssen jedoch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Plattformen und User_innen dazu motivieren wichtige Fakten im demokratischen Prozess beizutragen, um schnell und transparent auf Falsch-Information zu regieren. Dazu müssen klar definierte Diskursplattformen bereitgestellt sein, die grundrechtlichen Ansprüchen genügen. Die Europäische Kommission fasst den Begriff der Online-Plattform nicht breit genug. Inhalte und Daten, die gemeinschaftlich von Plattformen und Usern generiert werden (Userdatenaggregation), fallen damit nicht direkt in den Blick der Gesetzgebung. Demokratische Innovationspotentiale laufen Gefahr übersehen zu werden, während der Kampf gegen Desinformation zur Aushöhlung von demokratischen Freiheitsrechten missbraucht werden könnte. Deshalb ist es notwendig, die bestehenden Plattformen und Idealtypen unter einer demokratie-theoretischen Perspektive zu erforschen. Das Feld digitaler Gouvernementalität könnte bewusst nach demokratischen Grundprinzipien gestaltet werden.

Maria Chlastak

Literaturverzeichnis

Arendt, Hannah (2018): Die Freiheit, frei zu sein. Lizenzausgabe. Frankfurt am Main: Büchergilde.

Derrida, Jacques (2003): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Derrida, Jacques (2006): Nicht die Utopie, das Un-Mögliche. In: Jacques Derrida, Peter Engelmann und Markus Sedlaczek (Hg.): Maschinen Papier. Das Schreibmaschinenband und andere Antworten. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl. (Passagen-Philosophie), S. 321–337.

Derrida, Jacques; Engelmann, Peter; Sedlaczek, Markus (Hg.) (2006): Maschinen Papier. Das Schreibmaschinenband und andere Antworten. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl. (Passagen-Philosophie). Online verfügbar unter http://deposit.dnb.de/cgi-bin/dokserv?id=2755512&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm.

COM (2016) 288 final, 25.05.2016: Online-Plattformen im digitalen BinnenmarktChancen und Herausforderungen für Europa. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE-EN/TXT/?uri=CELEX:52016DC0288&from=EN, zuletzt geprüft am 01.04.2019.

COM(2018) 236 final, 26.04.2018: Bekämpfung von Desinformation im Internet: ein europäisches Konzept. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN, zuletzt geprüft am 01.04.2019.

European Commission Blog (2019): The Copyright Directive: how the mob was told to save the dragon and slay the knight. Europäische Kommission. Online verfügbar unter https://web.archive.org/web/20190215114522/https:/medium.com/@EuropeanCommission/the-copyright-directive-how-the-mob-was-told-to-save-the-dragon-and-slay-the-knight-b35876008f16, zuletzt geprüft am 01.04.2019.

Gilbert Jeremy (2017): An epochal election: welcome to the era of platform politics. opendemocracy.net. Online verfügbar unter https://www.opendemocracy.net/en/opendemocracyuk/epochal-election-welcome-to-era-of-platform-politics/, zuletzt geprüft am 01.04.2019.

Hendricks, Vincent F.; Vestergaard, Mads (2019): Reality lost. Markets of attention, misinformation and manipulation. Cham, Switzerland: Springer Open. Online verfügbar unter http://hdl.handle.net/10419/186144.

Independent high level group on fake news and online disinformation (2018): A multi-dimensional approach to disinformation. Report of the independent high level group on fake news and online disinformation. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Janosik Herder (2018): Wir werden von Facebook regiert – und sollten etwas dagegen unternehmen! Hg. v. gq-magazine.de. Online verfügbar unter https://www.wired.de/article/wir-werden-von-facebook-regiert-und-sollten-etwas-dagegen-unternehmen, zuletzt geprüft am 01.04.2018.

Kuklinski, James H.; Quirk, Paul J.; Jerit, Jennifer; Schwieder, David; Rich, Robert F. (2000): Misinformation and the Currency of Democratic Citizenship. In: The Journal of Politics August 2000 (62, No. 3), S. 790–816. Online verfügbar unter https://www-journals-uchicago-edu.uaccess.univie.ac.at/doi/pdfplus/10.1111/0022-3816.00033, zuletzt geprüft am 01.04.2019.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Dt. Erstausg., 1. Aufl., 2. [Dr.] (Edition Suhrkamp).

Nathan Schneider (2017): We need our platforms to be real democracies. opendemocracy.net. Online verfügbar unter https://neweconomics.opendemocracy.net/we-need-our-platforms-to-be-real-democracies/, zuletzt geprüft am 01.04.2019.